

Jour fixe vom 12.06.2023 –

1. Modernisierung des amerikanischen Imperialismus, Fortsetzung

2. Die Produktivkraft demokratischer Opposition für Deutschlands ‚Zeitenwende‘ (beide GS 1-23)

5

1. Fortsetzung: Sachdienliche Auskünfte zur Modernisierung des amerikanischen Imperialismus (ab II.)

Material für diesen Artikel ist eine Rede des amerikanischen Sicherheitsberaters Jack Sullivan. Als nationaler Sicherheitsberater sieht er die Gefahr, dass die USA ihre herausragende
10 Stellung in der Konkurrenz der Nationen verlieren könnten, da ihnen in den letzten Jahren Konkurrenten und Rivalen erwachsen sind, die ihnen diese Führungsrolle streitig machen. Um die Konkurrenz der Nationen weiter überlegen zu bestehen und die Suprematie der USA auch für die Zukunft zu sichern, sei es deshalb unbedingt nötig, auch auf dem Feld der modernen Technologien eine Führungsrolle einzunehmen und diese sicher zu stellen. Für diese
15 Strategie verkündet er „vier Säulen“(S. 47): „Investitionen in unser Wirtschafts- und Technologie-Ökosystem, Förderung der besten MINT-Talente, Schutz unserer Technologievorteile und Vertiefung und Integration unserer Allianzen und Partnerschaften“.

— *Alle dem amerikanischen Staat zur Verfügung stehenden Ressourcen sollen für amerikanische Führung genutzt werden. Bei den drei Sparten seiner ersten Säule, Rechentechnologie, Biotechnologie und Energie, steht jeder dieser Begriffe für einen Nutzen für die USA: Die moderne Wirtschaft braucht in allen Bereichen „Rechentechnologie“ auf höchstem Niveau. Überall, wo es um die Eroberung von Märkten und um internationale Verknüpfungen geht, sind die Algorithmen der Mathematiker gefragt. „Biotechnologie“ heißt, die Ressourcen des Landes, organische und anorganische, sollen für das Wirtschaftswachstum benutzt
20 werden. Und „Energie“ ist dann „sauber“, wenn sie in den USA gefördert oder produziert wurde (Stichwort LNG), also ein Hebel für den technologischen Fortschritt in den USA ist.*

Das ist die eine Seite. Sullivan geht es aber in seiner Rede nicht einfach um wissenschaftliche oder technologische Erkenntnisse, er kennt offensichtlich Technologie und technologischen Fortschritt gar nicht anders als als *Mittel* – für Wirtschaftswachstum und für die Stärkung der eigenen Nation. Nur von dem Standpunkt aus wird es das vorwärtsweisende Argument, dass es bei den Technologien entscheidend darauf ankommt, dass die USA führend sind, über zukünftige Erkenntnisse vor allen andern verfügen.
30

— *Es geht eben nicht um technologischen Fortschritt für sich, sondern um Fortschritt zur Bekräftigung der amerikanischen Führungsrolle. Wenn Sullivan von einem „Gebot der nationalen Sicherheit“ (S. 48) spricht, hebt er das auf diese hohe Ebene. Daran merkt man, was für eine Herausforderung er darin für die USA und ihre technologische Wirtschaft sieht.*

Der technologische Fortschritt ist nicht nur nötig, damit Amerika ökonomisch seine Weltstellung behält und damit auch die Basis für seinen Reichtum, sondern diesen Fortschritt braucht es auch, um die Sicherheit der USA zu gewährleisten. Das sagt Sullivan mit „Gebot der nationalen Sicherheit“. Über die Entwicklung von immer neuen Technologien erhält das Land auch auf diesem Gebiet seinen waffentechnischen Vorsprung und damit seine konkurrenzlose Führung. Für Sullivan fällt das alles zusammen.
40

Und die Sicherstellung der nationalen Sicherheit geht nur so, dass die USA über alle denkbaren, auch *zukünftigen* technologischen Entwicklungen *exklusiv* die Verfügung haben und sie selber voranbringen.
45

— *Diese Sichtweise Sullivans über Geschäft und Gewalt und inwiefern da Algorithmen eine Bedeutung haben, konnte ich noch nachvollziehen. Die Behauptung, dass Geschäft eine Sache von Rechengrößen ist, kann man sich vielleicht so erklären, dass sich letzten Endes der Erfolg des Geschäfts in den kapitalistischen Bilanzen ausdrückt. Aber dass Gewalt letzten Endes eine Frage der Rechengrößen sei, ist doch verrückt und eine ungeheuer abstrakte Aussage über Gewalt und amerikanische Überlegenheit. Sullivan will, dass die USA auf dem
50*

Gebiet der Algorithmen unschlagbar sind, als wäre die Art und Weise der Berechnung das Mittel, mit dem Amerika seinen Vorsprung hält, auch zukünftig.

Das ist grade der Witz an dem, wie Sullivan antritt. Er sagt, um die Größe Amerikas dauerhaft in der Welt zu sichern und sich gegen Konkurrenten zu behaupten, brauchen wir Biotechnologie, Rechentechnologie und erneuerbare Energien; *wenn* wir über die nötigen Technologien oder technischen Mittel verfügen, ist es eine ausgemachte Sache, dass die USA in der Konkurrenz der Nationen bestehen. Aber das ist nicht die Wahrheit über die Sache, sondern sein Standpunkt: Alles, was es in der Richtung an zukünftigen Entwicklungen gibt, soll sich als Mittel bewähren, exklusiv die amerikanische Nation voran zu bringen. Natürlich ist das einerseits blödsinnig, denn zwischen der Entwicklung einer neuen Technologie bis zu einem potenten Waffensystem oder militärischer Überlegenheit liegen schon noch ein paar Schritte dazwischen. Aber nicht für Sullivan – das ist ja gerade der Witz –: er verlangt, die USA müssten dafür sorgen, dass sie bei allen Zukunftstechnologien die ersten sind, die sich die Verfügung darüber verschaffen, dann wäre klar, dass sich all das als Mittel ihrer Stärkung erweist. Deswegen müssten die USA darauf achten, dass ihnen kein Konkurrent zuvorkommt oder etwas wegnimmt, das ihm als Mittel seiner Stärkung gegen die USA nicht zu steht.

— *Unklar bleibt die Bedeutung der Rechentechnologie. Wenn Sullivan sagt, dass die USA bei der führend sein müssen, was bedeutet das genau? Rechentechnologie arbeitet doch mit Zahlen, jedenfalls mit Zahlensymbolen, die nichts anderes ausdrücken als irgendwelche Quantitäten und deren Verhältnis zueinander. Im Gegenstandspunkt heißt es „Geschäft und Gewalt sind Rechengrößen“ (S. 47). Als kritische Aussage über den ungeheuren Anspruch Sullivans ist das einleuchtend. Aber es kann doch keine sachgerechte Aussage sein?*

— *Die Praxis dieser Abstraktion sind z.B. die 52 Mrd. \$, die die Biden-Regierung in die Chipherstellung für große Computer und für Steuerungssysteme usw. investiert. Daran merkt man die Strategie der USA, in allen Sparten der industriellen und militärischen Technologie mit dem Hilfsmittel „Rechentechnologie“ eine Führungsrolle zu übernehmen.*

Bei Rechentechnologien ist nicht einfach nur an Zahlen gedacht, sondern es geht um die *entscheidende Grundlage* für Computertechnologie, künstliche Intelligenz usw., um die Technik dafür, aber auch um die Fortentwicklung all dessen, was man alles berechnen und wie man es verknüpfen kann usw.

Das sollte man sich nicht so plausibel machen, dass der Erfolg bei Geschäft und Gewalt eine ausrechenbare Größe ist oder einfach damit zusammenfällt, dass man über einen großen Computer verfügt. Hier geht es um die geistige Leistung Sullivans: Für Computer oder Rechentechnologie kennt er keine andere Verwendung als die, das Wirtschaftswachstum voran zu bringen und die Macht der Nation zu stärken. Nur, die Verfügung über Technologie ist vielleicht eine Voraussetzung, die nutzbar zu machen ist für den Erfolg von Geschäft und Nation, das gleiche ist es aber nicht. Er tut aber so, als ob beides einfach zusammenfällt, wenn die USA die nötigen Rechentechnologien haben, in der Biotechnologie gut sind und über die neuesten Formen der Energieproduktion verfügen. Dieser Satz „Geschäft und Gewalt sind Rechengrößen“ ist *seine* Wahrheit über die Sache: Hauptsache, wir sind bei den Technologien vorne dran, dann ist die Welt in Ordnung, dann kann uns keiner was.

Das andere ist, dass er bei der Führungsrolle bei den neuen Technologien natürlich nicht stehen bleibt. Um als Mittel der Stärkung der amerikanischen Nation zu funktionieren, muss man nicht nur die Technologie kennen, sondern *exklusiv* über sie verfügen, um sich nicht mehr in ‚falsche‘ Abhängigkeiten von anderen Nationen zu begeben, oder andersherum, um diese von sich abhängig zu machen.

— *Im Zitat in der Mitte von S. 48 spricht Sullivan von „lab to fab“, also in den USA entwickeln und auch herstellen. Die moderne Industrietechnologie und die Technologie zur Herstellung von Waffen sind in wesentlichen Teilen heutzutage Rechenprogramme (Edelstahl und Explosivstoffe sind nicht so das Problem). Nicht umsonst gibt es eine weltweite Klage über Chipmangel, weil die moderne Industrie auf die angewiesen ist. Der amerikanische*

105 *Staat spendet sehr viel Dollarkredit, um dieses Programm Sullivans für die neue Führungsstärke der USA zu realisieren.*

Von dem Standpunkt der Führungsstärke der USA aus kennt Sullivan überhaupt keine Unterschiede, ob das Technologien sind, die das kapitalistische Wachstum voranbringen, oder welche, die die militärische Macht der USA steigern. Er betrachtet ja alles nur unter dem funktionellen Gesichtspunkt, dass Amerika exklusiv darüber verfügen muss als Mittel der
110 Stärkung der amerikanischen Nation. Dafür, dass Amerika diese Technologien voranbringt und sie dafür einsetzt, unabhängig von anderen Nationen den eigenen Erfolg voranzutreiben, ist kein Dollar zu viel ausgegeben.

Man sollte sich nicht endlos darüber wundern, dass Sullivan Technologieentwicklung und Wirtschaftswachstum einfach gleichsetzt. Der Witz hier ist doch grade, dass er so einfordert,
115 dass jetzt alles *Staatssache* ist, alles vom Staat koordiniert und gefördert wird, insofern den privaten Interessen entzogen ist. Bisher fördert der Staat die Technologien, aber was die Wirtschaft daraus macht, ist erst mal ihr überlassen. So hat das auch zur Stärkung Amerikas beigetragen, auch waffentechnisch. Heute geht es darum, dass *alles* als *Voraussetzung* für die amerikanische Stärke zur Wiedergewinnung amerikanischer Überlegenheit über die anderen Nationen betrachtet wird. Das heißt nicht, dass das Kapital kein lohnendes Geschäft
120 mehr machen soll, in Sullivans Sicherheitsprogramm ist die Rolle der Wirtschaft aber erst mal „Helfer bei der Geldbeschaffung und erst dann Profiteur“ (S. 49). Langfristig soll sich dieser Dienst für Amerikas Weltherrschaft automatisch als für alle Seiten lohnend auswirken.

125 Dieser Standpunkt heißt praktisch auch etwas für die Ressourcen der Welt: wie kommt man daran, wie nutzt man sie und wie entzieht man sie anderen usw. In dem **zweiten** Punkt (S. 49) geht es um Amerikas Zugriff auf die hellsten Köpfe der Welt.

— *Und bei dieser Anwerbung von Spitzentalenten aus aller Welt geht Amerika nicht nur auf den Rest der Welt los, um dort sein Geschäft zu machen, sondern beansprucht auch deren menschliches Potential, auch diese Form der Ausbeutung anderer Staaten ist für Sullivan selbstverständlich.*
130

Bei seinem **dritten** Punkt (S. 50) kommt Sullivan darauf zu sprechen, dass der *Technologievorsprung* der USA gegenüber allen anderen Staaten für sich gar nicht der Witz ist. Damit die technologische Führungsrolle ein Mittel zur Stärkung amerikanischer Macht *wird*,
135 braucht es noch etwas ganz anderes.

— *Das heikle an der Technologieführerschaft Amerikas ist das Angewiesensein auf ein profundes Wissen in Naturwissenschaft und Technik. Denn ein Wissen, das in verschiedenen Instituten, Forschungseinrichtungen und Firmen erarbeitet wird, ist erst einmal Allgemein-
140 gut. Um dieses Wissen als exklusiven Technologievorteil für Amerika zu nutzen, muss es geschützt werden – auch unmittelbar durch den Schutz der Gerätschaften, in denen sich dieses Wissen manifestiert (z. B. in neuen Quanten-Computern, die zur Vorführung extra unscharf gemacht wurden).*

Das Programm ist aber offensiver. Sicherlich, man kann auf eine technische Erfindung ein Patent anmelden. Aber die damit produzierten Sachen werden verkauft, können also auch
145 kopiert bzw. ausgeforscht werden. Sullivan fällt in dem Zusammenhang das Sanktionsregime gegenüber Russland ein, wo die USA den Technologieausschluss ja praktizieren. Auch andere Staaten, vor allem China, sollen sich nicht die Mittel verschaffen können, die sie – wie die USA – zur Stärkung *ihrer* Wirtschaft und *ihrer* Macht verwenden können.

Das ist der Inhalt der Modernisierung des amerikanischen Imperialismus. Es geht nicht einfach um die Förderung und Anwendung neuer Technologien. Sullivan steht auf dem Stand-
150 punkt, dass das Verhältnis der USA zum Rest der Welt an der Stelle, wo es um die Verfügbarkeit von Machtmitteln geht, prinzipiell neu ausgestaltet werden muss. Über diese Mittel darf nicht die weltweite Konkurrenz des Geschäfts entscheiden.

155 — Weil das Wissen diesen Allgemeingut-Charakter hat, erscheint es Sullivan von vornher-
ein als sehr fragwürdig und bedrohlich – außer die USA verfügen, wer daran teilhat. Daher
kommt er bei Wissen auf „Amerikas geistiges Eigentum“, also nationales, das nicht in die
Hände der falschen Subjekte geraten darf – ein irrer Übergang vom Wissen! Da kommt man
nur darauf von dem Standpunkt: Die weltweite Konkurrenz hat zu Gunsten der USA auszu-
gehen, und dabei ist Kontrolle nötig, weil bei jedem Export Wissens-elemente enthalten sind.

160 — Mit diesem Verbot von Technologietransfer, sobald die selbstdefinierte Sicherheitspro-
blematik tangiert ist, stellt sich die amerikanische Regierung über die Unternehmensinter-
essen des Kapitals, sowohl des amerikanischen, das im Ausland investiert, als auch des aus-
ländischen, das in den USA tätig wird.

Auch das ist noch zu harmlos ausgedrückt. Es ist ein *neuer* Standpunkt damit in der Welt.
165 Der amerikanische Staat mischt sich jetzt von vornherein in die Konkurrenz ein mit dem
Ziel, nicht nur sein Kapital, sondern zugleich auch seine Macht – beides setzt er permanent
in unmittelbare Beziehung zueinander – zu stärken, so dass die Konkurrenz nicht von ande-
ren Unliebsamen zu deren Vorteil ausgenutzt werden kann. ‚Tangieren‘ ist ja fast noch der
170 alte Standpunkt, denn auch bisher achtet der Staat darauf, in wessen Hände strategisch wich-
tige Güter und Ressourcen geraten. Für Sullivan ist selbstverständlich, dass die Falschen,
insbesondere China, gar nicht erst in den Besitz solcher Güter kommen dürfen, dass sie also
von diesen Ressourcen in jeder Hinsicht ausgeschlossen werden müssen – vom Wissen, von
den Wissenschaftlern, von den Produkten, bis hin zu den Investitionen, die dafür nötig sind.

175 — Die Technologiesanktionen gegen Russland sind für ihn das Beispiel für Wissensaustausch-
schluss als „strategisches Instrument“: sie sind sogar kriegsnützlich, denn sie machen die
Wissensbeschaffung für den Gegner richtig teuer und schwächen seine kriegerischen Fähig-
keiten auf dem Schlachtfeld.

Das globalisierte kapitalistische Geschäft wird von der US-Regierung neuen Bedingungen
unterworfen. Es geht nicht mehr ‚nur‘ darum, konkurrenzfähiger zu produzieren, gerade auf
180 dem Feld der Technologie. Die grenzüberschreitenden Geschäfte des Kapitals werden jetzt
unter einen generellen Vorbehalt gestellt: verboten ist Geschäft, das möglicherweise den gro-
ßen neuen Hauptgegner China stärkt. Daher dürfen neue Chips nicht mehr nach China ver-
kauft werden, daher dürfen chinesische Firmen nicht mehr in den USA in bestimmte Berei-
che investieren, und amerikanische Firmen dürfen umgekehrt auch nicht in China investie-
185 ren, wenn dabei das, was der US-Staat für sich an technologischem Wissen reserviert hat,
zum Nutzen Chinas fungieren könnte. Bei dieser neuen Sichtweise der USA auf die Welt-
marktkonkurrenz landet Sullivan zielstrebig und verabschiedet sich damit von dem Stand-
punkt, dass die Konkurrenz auf dem Weltmarkt automatisch amerikanischem Kapital zuge-
tekommt, also stattfinden soll. Jetzt wird jedes Geschäft unter diesen *Generalvorbehalt* ge-
190 stellt.

Das ist der Übergang zu dem **vierten** Punkt von Sullivan (S. 52): Ihre Verbündeten und Part-
ner planen die USA gleich ungefragt als Unterstützer in ihr Programm mit ein.

195 — Von ihren „Allianzen und Partnerschaften“ verlangen die USA, dass sich die Verbünde-
ten diesem neuen Sicherheitsregime der USA unterordnen. Die „Umwandlung der G7 in ein
Lenkungsgremium der Freien Welt“ (Zitat auf S. 52 unten) drückt das deutlich aus: auch als
Konkurrenten müssen sie ihr Agieren an dem, was die USA gegen Russland und vor allem
China auf die Tagesordnung setzen, ausrichten.

Das eine ist das Kampfprogramm gegen China. Da reicht es nicht, dass nur die USA Vorbe-
halte praktisch machen. Dazu brauchen sie andere potente Staaten auf der Welt, die es zu ih-
200 rer Sache machen, bei ihren Händeln darauf zu achten, dass China nicht den Zugriff auf Mit-
tel seiner Ertüchtigung bekommt. Das kommt bei Sullivan gleich daher als: darauf haben wir
selbstverständlich einen Anspruch, denn das sind ja *befreundete* Nationen.

Zum anderen geht er selbstverständlich davon aus, dass die anderen sich in dieser unterge-
ordneten Rolle unter die USA einrichten und keine anderen Interessen dem entgegenstehen

205 oder -stellen; dass sie das machen *müssen*. Sachlich ist das ignorant und im Gegensatz zu
deren Interessen – aber das kommt beim ihm nicht vor. Er redet ganz vom Standpunkt Ame-
rikas aus: wie *sie* die Welt einrichten *wollen* – und das ist ein *Kampfprogramm*. Insofern ist
das auch keine Beurteilung dessen, wie die USA mittlerweile dastehen oder was sie davon
210 schon erreicht haben. Sullivan wirbt für die Biden-Regierung, wenn er damit angibt, das ha-
be sie schon so gut hingekriegt und alle Welt richte sich danach.

2. Die Produktivkraft demokratischer Opposition für Deutschlands ‚Zeitenwende‘

— Im Editorial S. 6 zum GS 1-23 wird als Aufmacher für diesen Artikel eine Frage aufge-
worfen, die in dem Artikel nicht beantwortet wird. Zur Beantwortung der Frage, warum das
215 „Volk alles für das bürgerliche Gemeinwesen Notwendige so alternativlos mitmacht“, müs-
ste der Artikel doch auch auf die Stellung des Volks eingehen und nicht nur auf die Rolle der
Opposition und Regierung. Wie und dass die Opposition in verschiedenen Bereichen (seien
es die Grundgesetzänderungen, die LNG-Terminals oder der Frage der Verteidigungsminis-
ter) die Regierung mitträgt, leuchtet zwar für sich ein. Es fehlen aber Aussagen, wie sie im §
220 9 im Staatspapier stehen: „Der Verzicht der Bürger auf die Anwendung von Gewalt bei der
Austragung ihrer Gegensätze, positiv: die Zustimmung zum staatlichen Gewaltmonopol, ist
das Mittel des Staates die konkurrierenden, daher freien Bürger seinem Zweck, der Vermeh-
rung des Privateigentums, zu unterwerfen. Weil ihr Materialismus diesem Zweck nur dient,
wenn er sich durch den staatsidealistischen Gehorsam gegenüber seinen Gesetzen relati-
225 viert, wenn sich also die Klassen zum Instrument des Allgemeinwohls machen, versichert er
sich des Funktionierens seiner Gewalt dadurch, dass er sich beim Volk die Einwilligung zu
seinen Maßnahmen einholt.“ Solche Überlegungen hätten da m.E. hingehört, wenn man die
Frage des alternativlosen Mitmachens im Editorial schon aufwirft.

In dem zitierten § 9 vom Staatspapier geht es um die Organisation der demokratischen Herr-
230 schaft in Form von Parteien, Parlament, Wahlen usw. und wie das die Zustimmung des Vol-
kes absichert gegenüber der Regierung. Und nicht um die Frage, warum der Bürger mit-
macht. Auch der zitierte Aufmacher zum Artikel im GS 1-23 deutet auf die *Funktion* der Op-
position und des Parteienwesens für die Zustimmung der Bürger zur ‚Zeitenwende‘ hin.
Selbst die Teile der Opposition, die nicht für die ‚Zeitenwende‘ sind, leisten ja einen Beitrag.
235 Um den zielsicheren Beitrag der *Herrschaftsform moderne Demokratie* für das Mitmachen
geht es.

— Dass die Opposition eine Alternative darstellt und darin die gesamte Unzufriedenheit
der Bürger aufgehoben ist – dieser Beitrag zum zielsicheren Regieren steht ja durchaus in
dem Artikel. Aber als Linker will man doch die Leute dazu bringen, dass sie das Mitmachen
240 aufkündigen.

Warum machen die Leute mit? Dazu muss man sich doch fragen, ob sie das wirklich einfach
sein lassen könnten? Die harte Wahrheit ist doch, dass das Mitmachen alternativlos für die
Leute ist: arbeiten gehen, um Geld zu verdienen, andernfalls, wenn sie sich dagegen wen-
den, landen sie unter der Brücke oder im Knast. In dem Sinn, praktisch betrachtet, kann das
245 also keine ernsthafte Frage sein. Dem Aufmacher im Editorial geht es darum, dass der Kon-
sens in Politik und Gesellschaft in Anbetracht der ‚Zeitenwende‘ schon bemerkenswert ist:
bis neulich waren ‚wir‘ eine friedliebende Nation mit ausgleichender Außenpolitik, immer
für zivile Verkehrsformen in der Staatenwelt. Seit der ‚Zeitenwende‘ wird das alles als gro-
ßer Fehler verworfen. Auf einmal wird alles dafür getan, dass sich Deutschland in Europa
250 neu aufstellt. Auf diesen konkreten Bruch mit allem vorherigen bezieht sich die Frage: wie
kriegt eine Herrschaft so etwas hin – in einer Demokratie, die sich ja dafür rühmt, dass sie
nicht einfach von oben ansagt, was das Volk zu tun, zu denken und zu lassen hat –, dass von
einem Tag auf den anderen das Volk alternativlos die Wende mitmacht und alles vorher
nichts mehr gilt. In dem Artikel geht es um die Leistung der demokratischen Opposition und
255 der Parteienlandschaft in der Demokratie. Und er erklärt die konkrete Situation: *wie* haben
die denn *das* so *umstandslos* hingekriegt? Gegenstand ist also nicht, wie die Unterordnung

des Volkes in der parlamentarischen Demokratie – die ja passiert – überhaupt möglich ist, sondern: was hat die demokratische Regierungsform bei diesem Schwenk, der ja bereits so reibungslos stattgefunden hat, geleistet?

260 — *Damals beim NATO-Doppelbeschluss, Stichwort Nachrüstung, gab es wochenlange Demos gegen diesen Beschluss in Deutschland, das Resultat kennt man. Was ist da heute anders? Man wundert sich ja, dass die Zeitenwende so klaglos hingenommen wird. Darum schaut man sich die demokratische Opposition heutzutage an, z.B. die CDU, die die Zeitenwende im Wesentlichen mitträgt und unterstützt. Wer abweicht, wird ins Abseits gestellt, kriminalisiert, gilt nicht als demokratische Opposition.*

265 Die Frage, wieso die Leute mitmachen, unterstellt als selbstverständlich, dass sie dafür doch keinen *guten* Grund haben, weil wir ja wissen, wie der Kapitalismus und der Imperialismus funktionieren. Dabei muss man ihnen doch erst beibringen, dass es keinen guten Grund *gibt*, dafür zu sein und mitzumachen. Die Frage unterstellt also, dass eigentlich etwas anderes fällig wäre. Es ist aber doch genau umgekehrt. Das Selbstverständliche in dieser Gesellschaft ist einerseits, dass die Leute den *praktischen* Verhältnissen ausgesetzt sind, in denen ihnen wenig anderes übrigbleibt als mitzumachen. Andererseits stellt sich schon die Frage, was die Öffentlichkeit dafür leistet, dass die Leute in dem Sinn ‚richtig‘ ticken, dass sie sich hinter die Regierung stellen; *wie* die Leute agitiert werden, mit welchen Moralvorstellungen sie

270

275 konfrontiert werden. Hier in Sachen Zeitenwende: Was sind da die Leistungen der Demokratie, wie wird die Opposition da ihrer Rolle in der Demokratie gerecht und was trägt diese Rolle bei zur Zustimmung des Volkes?

Das hat der Artikel zum Gegenstand: Wie gerade die demokratische Opposition es schafft, die Leute auf die Notwendigkeiten der Zeitenwende zu verpflichten. Die Kritik, es würde nicht darauf eingegangen, wie die Leute agitiert werden, hält die Ausführungen im Artikel nicht fest: die Leistung der demokratischen Opposition ist die Agitation der Leute.

280

Im Artikel ist die erste Antwort darauf, warum das Volk das alles so alternativlos mitmacht, dass es praktisch hierzulande überhaupt keine politische Alternative gibt, auf die es sich beziehen und für die es sich erwärmen könnte. Es ist die allererste Leistung der Demokratie bezogen auf die aktuelle Situation, dass die Abteilung im parlamentarischen System, die sich für eine Alternative stark machen könnte, sich von vorneherein bedingungslos hinter die Regierung und ihre in die Welt gesetzte Zeitenwende stellt. Alternativen in den Notwendigkeiten des bürgerlichen Gemeinwesens gibt es nur dann, wenn eine relevante Fraktion im parlamentarischen System sich dafür einsetzt, an die Macht zu kommen, um einer solchen Alternative Geltung zu verschaffen.

285

290

Dass die Opposition sich in dieser Weise bedingungslos hinter die Zeitenwende der Regierung stellt, ist die Methode, wie diese zum unbestrittenen Programm der Nation wird. Durch die Klarstellung, dass es keine Alternative dazu gibt, dass Deutschland sich neu kriegerisch aufstellt und gegen Russland einen Konfrontationskurs fährt, wird das Volk dafür eingenommen. Es gibt noch abweichende Standpunkte und kritische Anmerkungen dazu, aber keine relevante Partei in dieser Nation vertritt eine Alternative zur Linie der Regierung. Dafür ist gesorgt, wenn die Opposition der Regierung ihre bedingungslose Unterstützung in dieser Sache zusagt. Das ist nicht nur eine Meinungskundgabe, sondern entfaltet praktische Relevanz. Die Bedeutung der Opposition fürs Einpeitschen des Volkes hört nicht darüber auf, dass die

295

300 Oppositionsparteien sich auch als Opposition gerieren und laufend der Regierung Versäumnisse vorwerfen.

— *Bei diesem Opponieren der CDU geht es nie um das „ob“ der Zeitenwende, sondern um das „wie“. Beim Sondervermögen, das Scholz auf die Tagesordnung gesetzt hat, achtet die Opposition darauf, dass das verfassungsgemäß mit einer Zweidrittel-Mehrheit im Parlament beschlossen wird und steht für diese konstruktive Mitarbeit zur Verfügung.*

305

— *Das ist schon interessant: Die in der Verfassung festgelegte Schranke, dass es im Parlament bei Beschlüssen zu bestimmten Inhalten einer Zweidrittel-Mehrheit bedarf, nimmt die*

Opposition nicht als Gelegenheit, die Regierung zu boykottieren, sondern umgekehrt, sie stimmt dem Sondervermögen zu.

310 Die CDU führt sich sogar als der Garant dafür auf, dass das Sondervermögen auch richtig verwaltet wird. Sie stellt sich also als zuverlässiger dar als die Regierungsparteien.

Der Kanzler verkündet eine Zeitenwende und einen Bedarf von 100 Mrd. Euro, um dafür das Militär aufzurüsten. Die Regierung stellt klar, dass diese enormen Lasten, die sie für unbedingt notwendig hält, auf der anderen Seite bedeuten, dass Geld für vieles andere nicht da ist, dass schwere Zeiten anstehen, dass Deutschland eine Last zu schultern hat. Das wird von 315 der CDU bestätigt und verbindlich gemacht, indem sie gerade *als Opposition* sagt, wir achten darauf, dass erstens diese 100 Mrd. beschlossen werden können, und dass zweitens die Regierung dieses für Nation und Volk belastende Programm ordnungsgemäß durchführt und nicht in einen Schludrian verfällt und z.B. Wohltaten verteilt, um gut dazustehen. Merz betont, dass seine Partei sich des Ernstes der Lage bewusst ist und dafür eintritt, dass alles dafür Notwendige auch passiert. Zur Bedingung der Zustimmung seiner Partei macht er, dass die Regierung und Bundeskanzler Scholz so gewissenhaft und stringent agieren müssen, wie die CDU es für nötig befindet. So wird für die Notwendigkeiten der Zeitenwende agitiert, für schwere Zeiten und zu schulternde Lasten. Vom Standpunkt der demokratischen Opposition war das für Merz eine Sternstunde, weil er in der außergewöhnlichen Situation war, dass der Beschluss des 100-Mrd.-Sondervermögens von der Zustimmung seiner Fraktion abhing. Er hat nicht nur seinen Beitrag dazu geleistet, dass die Zeitenwende und die damit verbundenen Lasten als unumstößlich dastehen, sondern hat zugleich *sich* als die bessere Regierungsalternative ins Spiel gebracht, die verantwortlich handelt und darauf achtet, dass die 320 Regierung auch wirklich das Nötige tut.

— *So bringen sie die nötigen Lasten und Opfer dem Volk nahe, indem sie die Verantwortung dafür übernehmen, dass das Geld des Sondervermögens auch an den richtigen Ort kommt.*

325 — *Das Sondervermögen ist sowieso nur für die Bundeswehr. Aber auch bei der gerade stattgefundenen Haushaltsplanung war der Wehretat der einzige Haushalt der Ressorts, der erhöht wurde. Alle anderen wurden gekürzt, da waren sie sich offensichtlich einig – und Merz kann darauf verweisen, darauf geachtet zu haben, dass bei den sozialdemokratischen Wohltaten der Rotstift angesetzt wurde.*

340 Genau an diesen Punkt knüpft die demokratische Opposition an. Sie will die Regierung darüber schlecht aussehen lassen, dass sie ihr vorwirft, die Notwendigkeiten der Zeitenwende nicht mit der nötigen Geschlossenheit und Entschlossenheit ordnungsgemäß und zügig zu verabschieden. Das ist wieder das Verhältnis: die Allgemeingültigkeit der notwendigen Politik bestätigen und zugleich sich als die bessere Alternative ins Spiel bringen.

345 Die Opposition leistet einerseits, dass die nationale Agenda, die die Regierung auf die Tagesordnung setzt, alternativlos und absolut dasteht. Zugleich wird sie ihrer Oppositionsrolle durch permanente Kritik an der Regierung gerecht. Dieses Doppelte, in Form von fortwährender Kritik am Regierungshandeln deren Agenda ins Recht zu setzen, wird an den Beispielen im Punkt vier (S. 57) vorgeführt.

350 — *Merz wirft dem Kanzler in Hinblick auf die anstehenden Panzerlieferungen an die Ukraine Feigheit und Zögerlichkeit vor. So unterstützt er die Regierungslinie und die militärische Risikobereitschaft, die in diesem Schritt liegt.*

Die regierungsamtlichen Beschlüsse zur militärischen Unterstützung der Ukraine beinhalten lauter Eskalationen, es werden laufend mehr ‚rote Linien‘ überschritten. Dazu sagt die Opposition: Wir haben immer schon gesagt, dass die Lieferung von z.B. Kampfpanzern erforderlich ist. Warum zögert die Regierung damit solange? Sie kritisiert, dass die Regierung einer längst fälligen Eskalation im Ukrainekrieg nicht schnell genug nachkommt.

— *Und so gibt die Opposition ihre unbedingte Zustimmung zur Logik der Eskalation dieses Krieges.*

360 Ja, und zwar in der Form, dass die Opposition der Regierung mangelhafte Konsequenz vorwirft: Wenn sie an der Regierung wäre, wäre das alles schon längst passiert.

Das nächste Beispiel operiert umgekehrt damit, dass die Regierung nicht zu langsam, sondern sehr schnell gehandelt hat, was der Opposition durchaus nicht den Wind aus den Segeln nimmt:

365 — *Beim Bau des LNG-Gasterminals hat die Regierung schnell gehandelt und genau das hat sie beim Neubau der A-45-Autobahnbrücke vermissen lassen.*

370 So benutzt die Opposition ihre Zustimmung zum flotten Ausbau des LNG-Terminals, um der Regierung vorzuhalten, dass man sich diese Geschwindigkeit auch an anderer Stelle gewünscht hätte und leider enttäuscht worden ist. Das ist die Logik einer Oppositionspartei, die vorhandene Unzufriedenheiten aufgreift, um der Regierung mangelhaftes Regieren vorzuwerfen. Die Verpflichtung auf alle beschlossenen Notwendigkeiten der Zeitenwende geht hier so, dass die Opposition sagt: die LNG-Terminals, das war mal ausnahmsweise eine gelungene Aktion der Regierung, aber wo bleibt das anderswo.

— *Und so wird aller Protest, der mit dem deutschen Boykott russischen Gases und mit dem Bau dieses LNG-Terminals einher gegangen ist, gleich mit erledigt.*

375 Auf diese Weise macht sich die Opposition zum Anwalt der Unzufriedenheit, indem sie zugleich *definiert*, worüber man sich in der Republik zu Recht aufzuregen hat und worüber nicht: Gegen das LNG-Terminal jedenfalls nicht, über den laxen Autobahnbau sehr wohl. So werden die Menschen agitiert und ihre Unzufriedenheiten in die richtigen Bahnen gelenkt.

380 — *Zur oppositionellen Kritik an der ehemaligen Verteidigungsministerin: Deutlich wird, dass in Kriegszeiten andere Qualitäten vom Regierungspersonal gefordert sind. Dies wird an der Person des Amtsinhabers diskutiert. Wenn Lambrecht mit einem schicken Mantel aus dem Leopard rausguckt, kommt das heute gar nicht gut an. Wenn ein Pistorius in olivfarbenem Tarnanzug über die Kampfmoral der Truppe und was sie dafür alles braucht redet, sehr wohl. So fungieren die Amtspersonen als „glaubwürdige Charaktermasken des Gewaltapparates“ (S. 59), der gerade kriegstauglich renoviert wird.*

390 Durch das Kaprizieren auf die *Amtsperson*, die ungeeignet sei, auszuführen, was das Amt verlangt, wird all das, was dieses *Amt ausmacht und bewerkstelligt*, aus der Debatte genommen. So macht man sich stark für das Verteidigungsministerium und all die Maßnahmen, die die Regierung diesbezüglich beschlossen hat. Das alles ist affirmiert, wenn man Klage darüber führt, dass die Person dafür ungeeignet ist.

— *Auf die Weise betätigt sich die Opposition in der aktuellen Zeitenwende als Scharfmacher.*

395 Und die Öffentlichkeit erfährt darüber, was in dieser Republik aktuell wichtig ist, worüber man sich aufregen soll, und was nicht: Ein Verteidigungsminister in den heutigen Kriegszeiten hat sich um die Kampfmoral der Truppe und dessen Kriegseinsatzfähigkeit zu kümmern. Darin erfüllt ein Pistorius all die Kriterien, an denen die Opposition Ministerin Lamprecht hat scheitern lassen – und das Interessanteste soll daran sein, ob damit die Regierung der Opposition den Wind aus den Segeln nimmt oder umgekehrt.

400 In dem letzten Punkt (S. 60) geht es um die kleinen Parteien, was deren Beitrag zur Zustimmung des Volkes zur Zeitenwende und zu der Aufrüstung ist.

— *In der SZ wurde das momentane Zulegen der AfD in der Wählergunst damit erklärt, dass diese Partei gar nichts tun muss, um zuzulegen. Völlig ausgeblendet wird auf die Weise, dass die AfD zu den wenigen Kritikern der deutschen Beteiligung am Ukrainekrieg gehört.*

405 — *Die AfD repräsentiert eine Unzufriedenheit im Volk, die von den großen Oppositionsparteien nicht abgedeckt wird. Das betrifft einerseits den Krieg, aber auch andere Themen wie die Genderdebatte usw.*

Die AfD unterscheidet sich von den anderen Oppositionsparteien dadurch, dass sie sich nicht von vornherein affirmativ zum Regierungshandeln stellt. Das ist ihre Funktion im Parteien-

spektrum, diese Unzufriedenheit auf sich zu ziehen und parlamentarisch zu repräsentieren.
410 Und das gelingt ihr derzeit offensichtlich besser als der Partei der Linken.

— *Der Kommentar der SZ drückte das so aus: Wegen der zahlreichen Fehler der aktuellen Regierungskoalition braucht die AfD gar nichts mehr zu machen, um immer mehr Zulauf zu kriegen.*

Darin steckt der billige Vorwurf, den alle kleineren Parteien von Seiten der Öffentlichkeit er-
415 fahren: Sie hätten es deshalb so leicht in der Parteienkonkurrenz, weil sie, ohne Verantwortung zu tragen, den harten Erfordernissen des praktischen Regierens enthoben seien. Tatsächlich schlägt sich jede dieser Parteien aber damit herum, dass sie eine praktische Alternative zur aktuellen Regierung sein und glaubwürdig ihre Regierungsfähigkeit unter Beweis stellen will, indem sie sich als konstruktive Alternative zur Regierungspolitik aufführt – natürlich, ohne ihre Rolle als Oppositionspartei aufzugeben.
420

— *Wenn die SZ behauptet, die AfD bräuchte nichts zu tun, erspart sie es sich, deren Kritikpunkte an der Regierung aufzuschreiben, um nicht durch eine weitere Verbreitung noch Reklame dafür zu machen. So wirft sie der AfD vor, diese sammele bloß die Unzufriedenheit in der Bevölkerung ein und lasse es an praktischen Regierungsalternativen fehlen.*

425 Der besondere Witz an der SZ ist, dass sie mit diesem Vorwurf die Ampelkoalition kritisiert: die biete der AfD die Möglichkeit, mühelos auf 18 % zu kommen, indem sie vor lauter Streit innerhalb der Koalition kein Heizungsgesetz und keinen Haushalt zustande kriege. Das stärke bloß die AfD, die lässig dieses regierungsamtliche Trauerspiel abwarten könne und Zulauf kriege, ohne dafür selber etwas tun zu müssen.

430 *

Die Themen für den **nächsten Jour fixe am 26.06.23** werden auf der Website des Gegenstandpunkt bekannt gegeben, dort sind auch bereits einzelne Artikel aus dem nächsten GS (2-23) veröffentlicht.